

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

141 (18.6.1924) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 25

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen.

Nr. 25

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Geldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Geldpfennig zusätzlich Porto, vom Verlage Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14, oder von allen Postämtern bezogen werden.

18. Juni 1924

Wohnungsgeldfragen

Hierüber wird geschrieben:
Das Statistische Reichsamt in Berlin läßt zurzeit unter Benützung von Fragekarten bei allen Reichsbehörden darüber Ermittlungen anstellen, in welcher Höhe sich die Friedensmietenpreise der Beamtenwohnungen bewegen. Diese Erhebungen sollen mitbestimmend sein für die Festsetzung eines nach Erreichung der Friedensmiete zu gewährenden Wohnungsgeldzuschusses. Ohne heute zu der Frage Stellung nehmen zu wollen, welche sonstigen Richtlinien für die geplante Einführung des neuen Gehaltssteils maßgebend sein können (Abstufung nach Gehaltsgrenzen usw.) müssen gegen die Art der verlangten Statistik Bedenken geltend gemacht werden.

Es wäre wohl richtiger gewesen, feststellen zu lassen, wie hoch sich in den einzelnen Städten die Mietansgaben für Familienwohnungen überhaupt belaufen, um ein Bild über die Wohnungssteuerung zu gewinnen. Statt dessen wird versucht, gerade während der Zwangswirtschaft auf Grund des gegenwärtigen Wohnungsaufwandes der einzelnen Beamten Unterlagen zu sammeln. Eine solche Statistik, welche nicht einmal die Kopfzahl der die Familienwohnungen teilenden Kinder und sonstigen Angehörigen ausweist, kann kein objektives Ergebnis zeitigen. Denn der Beamte ist mit verschwindenden Ausnahmen seit dem Jahre 1919 gezwungen, in seiner Wohnung zu verbleiben, gleichviel ob dieselbe der Zusammensetzung seines Haushalts entspricht oder nicht.

Auch soll nicht unerwähnt bleiben, daß jung verheiratete Beamte, denen erst während der Zwangswirtschaft eine sogenannte Familienwohnung zugewiesen wurde, vielfach Räume inne haben, deren Beschaffenheit zu wünschen übrig läßt. Wenn auch z. B. die Reichseisenbahn und Reichspostverwaltung in anerkannter Weise durch den Bau eigener Wohnkolonien und durch Gewährung von Bauzuschüssen an Beamtenbauvereinigungen eingegriffen haben, ist trotzdem noch eine große Anzahl von Beamten hauptsächlich der unteren Besoldungsgruppen, dem größten Wohnungsbedarf preisgegeben. Soll etwa die nachträglich neu festgesetzte Friedensmiete für ehemalige Lageräume, Speicher, Ställe und Garagen, die mit wenig Bauaufwand in den letzten Jahren in menschliche Wohnungen umgewandelt wurden, die Richtlinie für die Festsetzung eines Wohnungsgeldzuschusses bilden?

Die Beamtenenschaft ist durch Erfahrungen gewöhnt und weiß, daß manche Neuordnungen nur den Geist der Zeit atmen und daß ihnen Seele und Herz fehlen. Möge der Bedeutung wie die Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses nicht auf rein rechnerischer und unrichtiger Grundlage aufgebaut wird.

Der Verwaltungsrat der Reichspost

Der zur Mitwirkung bei der Verwaltung der deutschen Reichspost berufene Verwaltungsrat trat im vergangenen Monat zur ersten Sitzung zusammen. Reichspostminister Dr. Döffe wies darauf hin, daß mit dem 15. November eine neue Epoche für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung begonnen habe. Die öffentlich-rechtliche Stellung der Reichspost, die volle Verantwortlichkeit des Ministers auch dem Reichstag gegenüber und die Stellung der Beamten als Reichsbeamte sei gewahrt. Dem Verwaltungsrat fielen besonders wichtige Aufgaben zu, wie die Feststellung des Voranschlags, die Aufnahme von Krediten, die Höhe der Schuldentilgung und Gebührenbemessung, die Grundzüge für die Lohnsätze der Arbeiter und Angestellten usw. Der Verwaltungsrat trete in diesen Angelegenheiten an Stelle des Reichsrats und Reichstags, die beide durch Mitglieder im Verwaltungsrat vertreten sind. Die Lage der Reichspost- und Telegraphenverwaltung habe sich befriedigend entwickelt. Der Postverkehr habe sich gehoben, wenn er auch den Friedensstand noch nicht erreicht habe. Telegraph- und Fernsprechverkehr sei stärker gestiegen. In der Behandlung des Personals dürfe man soziale Rücksichten nicht außer acht lassen. Die Gehaltsbemessung müsse bald wieder so sein, daß sie dem Personal ein auskömmliches Leben gestatte. Der Staatssekretär gab die Erklärung ab, daß den personalpolitischen Wünschen der Beamten (Höherbewertung der Dienstposten, Verbesserung der Beförderungsverhältnisse usw.) durch den Nachtragsetat soweit wie möglich Rechnung getragen werden soll.

Der Verwaltungsrat besprach zunächst die Geschäftsordnung und nahm diese in der Hauptsache an. Nur die Bestimmung, daß bei allen Vorlagen betreffend die Feststellung des Voranschlags, die Aufnahme von Krediten, die Schuldentilgung usw. die Berichterstattung dem vom Reichsfinanzministerium vorgelegenen Mitgliedern obliegen soll, fand nicht den Beifall des Verwaltungsrates, der in diesem übertragenden Einfluß der Finanz eine Schmälerung seiner eigenen Befugnisse und eine Gefährdung der Aufgaben der Postverwaltung erblickte. Die Tagesordnung umfaßte noch folgende Punkte: Feststellung des Voranschlags für 1924, Verordnung über die Änderung von Postgebühren und Änderung der Postordnung, Festsetzung der Zeitungsgebühren und Einführung einer Schecktag.

Im Verlaufe der weiteren Sitzung des Verwaltungsrates der deutschen Reichspost wurde dem auf alter Grundlage aufgestellten Voranschlag der deutschen Reichspost formell zugestimmt, damit die Verwaltung zunächst im Rahmen der bis jetzt vorhandenen allgemeinen Unterlagen ihre Geschäfte weiterführen kann. Gefordert wurde die Vorlegung eines Nachtragssetats, der zunächst dem Arbeitsausschuß zugehen und dann dem Verwaltungsrat nachgeprüft werden soll.

In den nach § 3 des Reichspostfinanzgesetzes zu bildenden Arbeitsausschuß wurden folgende Mitglieder des Verwaltungsrates entsandt: Finanz: Ministerialrat Dr. Auer; Reichsrat: Eggelzow, Ministerialrat Dr. Sommer; Reichstag: Abg. Bruhn und Steinkopf. Personal: Präsident Genke, Oberpostinspektor Wichmann, Ministerialrat Vogt-München; Wirtschaft: Dr. Feld-Regensburg, Industrieller Mödner.

rates entsandt: Finanz: Ministerialrat Dr. Auer; Reichsrat: Eggelzow, Ministerialrat Dr. Sommer; Reichstag: Abg. Bruhn und Steinkopf. Personal: Präsident Genke, Oberpostinspektor Wichmann, Ministerialrat Vogt-München; Wirtschaft: Dr. Feld-Regensburg, Industrieller Mödner.

Hauptversammlung der mittleren Verwaltungsbeamten

Am 1. Juni hielt der Verein mittl. Verb. Verwaltungsbeamten in Freiburg seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nach Begrüßung der recht zahlreich erschienenen Mitglieder durch den Vorsitzenden, Bero.-Obersekretär Koch-Freiburg, widmete dieser zunächst dem verstorbenen Kollegen Moos-Freiburg einen warmen Nachruf. Hierauf erbatte der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Vereinsjahr. Der Rechenschaftsbericht fand einstimmige Annahme. In der eingehenden Aussprache über die Vorrückungs- und Beförderungsverhältnisse wurde von allen Seiten die ungemein trostlosen und schlichten Beförderungsverhältnisse gerade der Verwaltungs-Obersekretäre festgesetzt. In keiner anderen Beamtenkategorie ist auch nur annähernd die Überalterung so groß. Mit dem Vollzug des Staatsvoranschlags wird es im günstigsten Falle den Obersekretären des Prüfungsjahrganges 1902 zum Vorrück nach Gruppe VIII reichen. Daß seitens der Regierung unbedingt etwas geschehen müsse, um diese denkbare ungünstigsten Beförderungsverhältnisse zu verbessern, war die Forderung aller Anwesenden. Eine entsprechende Resolution soll alsbald den zuständigen Ministern als auch dem Landtag unterbreitet werden. Ferner soll sobald als möglich eine Abordnung zum Herrn Minister des Innern und zum Herrn Staatspräsidenten und Finanzminister, um wegen alsbaldiger durchgreifender Verbesserung der elenden Beförderungsverhältnisse nochmals mündlich und eindringlich vorzutreten zu werden.

Bei Besprechung der Frage der Abhebung von Bezirksfürsorgeverbänden wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die berechtigten Erwartungen der geh. mittl. Verwaltungsbeamten auf Mitarbeit durch die bis jetzt erlassenen Bestimmungen in keiner Weise erfüllt worden sind.

Auf Grund der eingereichten Anträge, die einstimmige Annahme fanden wurde die Vereinsleitung beauftragt, nach Hebung der noch bestehenden Zweifel den Beitritt des Vereins zur Ver.-Abteilung der Südd. Beamtenverbände (Feuer-, Sterbegeld- und Haftpflichtversicherung) zu erklären, an den Beamtenbund wegen Wiedereinführung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden, wegen Festsetzung des Dienstbeginns im Sommer auf morgens 7 Uhr und Regelung der Mittagspause je nach den örtlichen Verhältnissen erneut heranzutreten und beim Ministerium des Innern im Hinblick auf die durch den Beamtenabbau entstandene Mehrarbeit eine ausreichende Urlaubserweiterung zu verlangen.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Aretz & Cie. Inhaber: A. Fackler
Kaiserstraße 215 Telephone 219
Spezialhaus in Gummiwaren und Linoleum
Gummischuhe, Herren- und Damen-Gummimäntel, Wachstuch: Tischdecken, Läufer, Wandschoner, Linoleum, Stückware, Teppiche und Läufer, Gummi-Spielwaren 62308

B Spezialhaus in 62325
Herren- u. Damenkleiderstoffe
Seidenstoffe Aussteuerartikel
Wilh. Braunagel
Herrenstr. 7 Herrenstr. 7
zwischen Kaiserstraße und Schloßplatz.

RICH. KITTEL
Uhrmacher-Meister
Karlsruhe i. B.
am Stadtgarten I — Hauptbahnhof
Moderne
Zimmer-Uhren
mit schönen Gongschlägen
in 1/2, 3/4 und 1 Westminister in jeder
Preislage am Lager
Versäumen Sie nicht,
meine Ausstellungsräume, einzig in ihrer
Art, ohne Kaufzwang zu besichtigen.
Reparatur-Werkstätte
Telefon Nr. 2540

Rondellplatz
Ecke Erbprinzen u. Karl-Friedrichstraße.

Hervorragend
sind Form u. Güte der
Baubund-Möbel.
62307

Färberei u. chem. Waschanstalt
Telefon 1953 **D. Lasch** Telefon 1953
reinst und färbt alle in diesem Fach einschlagende Gegenstände
Prompte Bedienung Mäßige Preise 62323

Aretz & Cie. Inhaber: A. Fackler
Kaiserstraße 215 Telephone 219
Abteilung I: Sämtliche Gummiwaren und Krankenpflegeartikel,
Gummikurzwaren, Damenbed. Hygienische Artikel, Herrenbed.
Abteilung II: Technische Gummi- und Asbestwaren, Treibriemenlager und Bedarfsartikel für Maschinenbetrieb.
Großverkauf. Kleinverkauf.

Möbel
Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen 62310
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungserleichterung. Kronenstr. 22

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. — 75
Am deutlichsten hat ihn bis jetzt wohl KARL SCHÜCK formuliert.
(Hochland.)
Schück berücksichtigt auch den 2. Band vom Untergang des Abendlandes.
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.
Karlsruherstraße 14.

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Gustav Herdle Nachf. Inh.: Bittlingmayer & Bretschneider
Telephon 1133 Karlsruhe Waldstraße 44
Stempelfabrik □ Buchdruckerei und
Papierhandlung
Sämtliche Bürobedarfsartikel 62321
Bäusche Bedienung Sauberste Ausführung

G. BRAUN KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

Druck G. Braun, Karlsruhe